

## Deutschland

### 01) Die Ära Merkel ist vorbei – die Probleme bleiben

Von Csaba Szajlai

10. 09. 2021



Foto: FNDE / Wikimedia (CC BY-SA 4.0)

Es ist kein Geheimnis, dass Deutschland der wichtigste Handelspartner für die ungarische Wirtschaft ist. Wir sprechen hier über das wichtigste Ziel für ungarische Exporte und Importe von dort. Es gibt kein EU-Land und keine andere Volkswirtschaft, die mit dem Volumen Deutschlands mithalten kann. Darüber hinaus sind die Verbindungen seit Jahrzehnten sehr eng: Es ist üblich, unser Land – in wirtschaftlicher Hinsicht – als die deutsche Provinz Südostdeutschland zu bezeichnen, gleich jenseits des Lajtan. Dieses Label ist so berechtigt, dass alle drei großen Premium-Automobilmarken – Audi, BMW und Mercedes – nur in Deutschland vertreten sind und fast alle namhaften Unternehmen – von Bosch bis ZF – hierzulande Fabriken unterhalten. Während also die Beziehungen auf der großen politischen Bühne in den letzten Jahren nicht die besten waren (um es milde auszudrücken), können wir über die wirtschaftlichen Beziehungen kein schlechtes Wort verlieren.

Lassen wir den politischen Aspekt beiseite und betrachten wir den Stand der Ära Merkel. Es sei daran erinnert, dass die derzeitige Bundeskanzlerin 2017 große Wirtschaftsreformen versprochen hat, aber der Strukturwandel ist nicht eingetreten. Auf den ersten Blick ist das natürlich kein Problem, denn der Euro wurde auf Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern zugeschnitten: Was für die Mehrheit, d.h. die Mitglieder der Eurozone, eine starke Währung ist, ist für die Deutschen „leichtes“ Geld. Ihre Wettbewerbsfähigkeit wurde durch die EU-Währung vorübergehend gestärkt, während andere – Griechenland, Italien, Portugal und Spanien – erhebliche Verluste erlitten haben und weiterhin erleiden. Der Wechselkursvorteil wird jedoch nicht lange anhalten: Es liegt im deutschen Interesse, dass der Euro für die meisten EU-Länder die „normale“ Währung ist, denn die wichtigsten Märkte sind gerade die Länder der Eurozone.

Die strukturellen wirtschaftlichen Probleme Deutschlands haben sich in den letzten Jahren verschärft: Das beste Beispiel dafür ist die immer stärker werdende deutsche Industrie, die seit drei Jahren immer stärker in die Krise gerät. Trotz des durch das Coronavirus verursachten wirtschaftlichen Schocks hat die deutsche Finanzpolitik gut reagiert. Dies ist jedoch nur ein kurzlebiges Symptom: Betrachtet man internationale Rankings, so stagniert die deutsche Wirtschaft seit 2017, sondern fällt – auch im Vergleich zur eigenen Leistung –

zurück. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren nach neoliberalen Grundsätzen praktisch auf Null gefahren wurden, was bedeutet, dass die deutsche Regierung das Defizit vollständig abgebaut hat.

Dies hat jedoch auch dazu geführt, dass die öffentlichen Investitionen in die traditionelle physische Infrastruktur stagnieren oder zu niedrig sind und ständig abgebaut und abgeschrieben werden. Mit anderen Worten: Die bisherigen Großinvestitionen in Autobahnen, Eisenbahnen und Immobilien sind hinter dem Durchschnitt der Eurozone zurückgeblieben. Hinzu kommt, dass der aktuelle „Trend“ in der digitalen Entwicklung noch weiter hinter dem EU-Durchschnitt zurückbleibt. Es ist kein Zufall, wenn man sich die Berichte darüber anschaut, dass der Schwerpunkt der aktuellen Wahl auf der systemischen (!) wirtschaftlichen Transformation und der Reform der Wirtschaftspolitik liegt. Die Wähler in Deutschland haben übrigens den Hinweis auf einen lockeren Haushalt beherzigt: Die fiskalische Antwort auf den wirtschaftlichen Schock des Kronenvirus war zum Beispiel gut.

Am Ende der Ära Merkel muss Deutschland folgende Herausforderungen bewältigen: Nachholbedarf in den Bereichen digitale Infrastruktur, Bildung, E-Government, Bewältigung der demografischen Herausforderungen und Wiederaufnahme zentraler Großinvestitionen – Autobahnen und Schienenverkehr. All dies kann erhebliche Kosten verursachen. Die Parteien, die um Stimmen konkurrieren, sind sich weitgehend einig, dass viel mehr zentrale Entwicklungs- und Haushaltsmittel benötigt werden.

Der größte Unterschied zwischen den Parteien besteht in der Frage der Finanzierung. Doch das Wirtschaftswunder, das Europas größtes Land seit Jahrzehnten kennzeichnet, lässt auf sich warten. Ohne einen Anreizstaat wird es auch dort nicht funktionieren.

Schließlich war Deutschland maßgeblich an dem „Konzept“ eines Europas der zwei oder mehreren Geschwindigkeiten beteiligt, das Mitte der 90er Jahre im Rahmen der intellektuellen Suche nach einem Weg in Vorbereitung auf die erwartete große Welle der Osterweiterung, die auch uns betreffen würde, entstand. Obwohl die Europapolitik von Angela Merkel in dieser Frage von entscheidender Bedeutung war, ist die Glaubwürdigkeit der Argumente gegen Europa in diesem Zusammenhang gründlich untergraben worden.

Aus Budapesters Sicht hat Berlin jedoch von der Osterweiterung wirtschaftlich fantastisch profitiert.

*Der Autor ist stellvertretender Chefredakteur von Figyelő*

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 02) Süddeutsche Zeitung manipuliert Wahlberichterstattung

07. 09. 2021



**Mitten im Wahlkampf manipuliert die Süddeutsche Zeitung die Berichterstattung über Münchner Direktkandidaten. In einer Übersicht der Direktkandidaten der im Bundestag vertretenen sechs Parteien wird der Kandidat der AfD als einziger ohne Foto und ohne Video abgespeist.**

Die Süddeutsche kann es nicht lassen – selbst beim Vergleich der Direktkandidaten in München versucht die Redaktion mit billigen Tricks die AfD zu benachteiligen. Während selbst der CSU-nahe Münchner Merkur über alle Kandidaten im gleichen Umfang berichtet, zensiert die im Volksmund oft als „Alpen-Pravda“ verhöhlte Süddeutsche Zeitung in Ihrem Artikel den Kandidaten der stärksten Oppositionspartei im Bundestag, Petr Bystron.

Dieses Video will Ihnen die Süddeutsche Zeitung verheimlichen:

In einem Artikel werden alle sechs Direktkandidaten aus dem Wahlkreis vorgestellt – vermeintlich gleichberechtigt. Doch während bei CSU, SPD und Grünen-Politikern auch ein ausführliches Portrait verlinkt wird, fehlt dieser bei FDP, AfD und Linken. Doch damit nicht genug: Beim AfD-Kandidaten Petr Bystron setzte die Süddeutsche kein Foto zum Text und enthält den Wählern auch sein selbstgemachtes Video vor – als einzigen der sechs vorgestellten Politiker.

Die Autorinnen Sophia Oberhuber und Tiana Zoric, stellten ihren Lesern in ihrem [Artikel](#) vom 19. August alle Direktkandidaten im Wahlkreis München-Nord vor. Ob nun Bernhard Loos von der CSU, Florian Post von der SPD, die Grüne Doris Wagner, Daniel Föst von der FDP oder Linken-Politiker Christian Schwarzenberger. Alle wurden sie dem Wahlvolk mit Vita, Foto und einem von den Kandidaten bereitgestellten, persönlichen Videos präsentiert. Allein bei Petr Bystron, Direktkandidat der AfD, sparte sich die SZ nicht nur das Foto. Ebenfalls mussten die SZ-Leser auf das persönliche Vorstellungsvideo des AfD-Politikers verzichten. Denn auch das wurde, obwohl beides der SZ-Redaktion vorliegt, nicht veröffentlicht:

Bundestagswahl in München FDP-Kandidat für den Wahlkreis München-Nord   
(Video: Süddeutsche Zeitung)

Mehr Informationen zu Daniel Föst gibt es auf seiner [Homepage](#) / auf [Facebook](#) / auf [Instagram](#) / auf [Twitter](#) / auf [LinkedIn](#)

### **Petr Bystron (AfD)**

Petr Bystron, Direktkandidat der AfD für den Münchner Norden, ist seit 2017 Mitglied des deutschen Bundestages. Er ist Fraktionschef der AfD im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Außerdem ist der 48-Jährige stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Bystron flüchtete als Jugendlicher aus der ehemaligen Tschechoslowakei nach Deutschland, wo seine Familie politisches Asyl erhielt. In München studierte er politische Wissenschaften. Er ist Unternehmer, verheiratet, hat zwei Kinder und lebt aktuell in der Maxvorstadt.

Weitere Informationen zu Petr Bystron gibt es auf seiner [Homepage](#) / auf [Facebook](#) / auf [Instagram](#) / auf [Twitter](#) / auf [Youtube](#).

### *Screenshot Artikel SZ vom 19.08.2021*

Jouwatch fragte sowohl bei der Süddeutschen wie bei dem Bundestagskandidaten nach. Weshalb nur der AfD-Politiker Petr Bystron von der Süddeutschen Zeitung – im Gegensatz zu allen politischen Mitbewerbern – als Einziger mit keinem Bild bedacht wurde, blieb von der SZ bis zur Veröffentlichung dieses Artikels unbeantwortet. Das Büro Bystron zeigte sich verwundert: „Der SZ müssten eigentlich jede Menge Portraitaufnahmen der gängigen Bildagenturen von Bystron vorliegen. Falls nicht, würden wir selbstverständlich welche nachschicken“. In der Tat handelt es sich bei Bystron um den ehemaligen Landesvorsitzenden der AfD in Bayern und den profiliertesten Außenpolitiker der Partei, von dem es seit 2015 regelmäßig jede Menge dpa-Bilder gibt. Das fiel der SZ-Redaktion offenbar erst nach der Anfrage von Jouwatch auf, denn sein Foto wurde kurz nach unserer Anfrage dem Artikel hinzugefügt – freilich ohne einen eigentlich üblichen redaktionellen Hinweis auf diese Aktualisierung.

Mehr Informationen zu Daniel Föst gibt es auf seiner [Homepage](#) / auf [Facebook](#) / auf [Instagram](#) / auf [Twitter](#) / auf [LinkedIn](#)

### Petr Bystron (AfD)



Peter Bystron möchte für die AfD in den Bundestag einziehen. (Foto: Robert Haas)

Petr Bystron, Direktkandidat der AfD für den Münchner Norden, ist seit 2017 Mitglied des deutschen Bundestages. Er ist Fraktionschef der AfD im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Außerdem ist der 48-Jährige stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Bystron flüchtete als Jugendlicher aus der ehemaligen Tschechoslowakei nach Deutschland, wo seine Familie politisches Asyl erhielt. In München studierte er politische Wissenschaften. Er ist Unternehmer, verheiratet, hat zwei Kinder und lebt aktuell in der Maxvorstadt.

Weitere Informationen zu Petr Bystron gibt es auf seiner [Homepage](#) / auf [Facebook](#) / auf [Instagram](#) / auf [Twitter](#) / auf [Youtube](#).

*Screenshot Artikel SZ vom 03.09.2021*

Trotz Nachfragen verheimlicht die SZ-Redaktion den Wählern jedoch auch weiterhin das persönliche Vorstellungsvideo des AfD-Direktkandidaten, das der Redaktion laut Büro Bystron seit dem 30. August vorliegt. Jouwatch hatte sich den gleichen Download-Link zuschicken lassen – und das Video hier veröffentlicht. Die Erklärung der SZ, warum es immer noch nicht auf deren Website steht, bleibt weiterhin aus. (SB)

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [journalistenwatch.com](http://journalistenwatch.com).

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**03) Radikale Umgestaltung der deutschen politischen Landkarte?**

Protestverbote, Eigentumsbeschlagnahmungen und eine Abkehr von der marktwirtschaftlichen Ordnung werden eine neue deutsche Linksregierung kennzeichnen, meint der deutsche Historiker Reiner Zitelmann

Von Marek Bláha

02. 09. 2021



Olaf Scholz · Bild von [fsHH](#) auf [Pixabay](#)

Seite 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 799 vom 16.09.2021

Noch nie in der Geschichte Deutschlands war die Position der Christlich Demokratischen Union (CDU) in den Wahlumfragen so prekär, betont der Historiker und Soziologe Reiner Zitelmann. In einem Kommentar für das Portal *National Interest* verwies er auf den April letzten Jahres, als die Partei der jetzigen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit 38 Prozent der Stimmen führte. Derzeit liege die CDU in den Umfragen jedoch nur zwischen 21 und 24 Prozent.

Der Autor führt den schwachen Kanzlerkandidaten der CDU, Armin Laschet, als einen der Gründe für die sinkende Unterstützung für die Partei an. Laschet, der Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Rheinland-Westfalen ist, hat es bisher nicht geschafft, seine Partei oder die breite Wählerschaft zu begeistern.

„Vor allem aber scheint es der SPD links der Mitte zu gelingen, die Wählerinnen und Wähler in einem Ausmaß zu täuschen, das ebenfalls einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik ist“, schreibt der Historiker. Er weist darauf hin, dass die Sozialdemokraten in den letzten Umfragen um 10 Prozent zugelegt haben, vor allem dank ihres Vorsitzenden Olaf Scholz, der allgemein als relativ gemäßigter Politiker gilt.

Doch Scholz sei in der Partei nie sehr beliebt gewesen, betont der Experte. Vielmehr sei die SPD in den letzten Jahren immer weiter nach links gerückt, was sich auch daran zeige, dass mit Saskia Esken, Norbert Walter-Borjans und Kevin Kühnert Kandidaten antreten, die ähnlich wie die linksradikale Alexandria Ocasio-Cortez bei den Demokraten in den USA die Linke vertreten.

Bei den Vorwahlen habe die SPD-Mitgliederbasis diese stark linksgerichteten Kandidaten eindeutig gegenüber Scholz bevorzugt, sagt Zitelmann. Der Grund, warum sich die Partei letztlich für den gemäßigten Scholz als Spitzenkandidaten entschieden hat, sei derselbe wie bei den US-Demokraten, die sich für Joe Biden als Präsidentschaftskandidaten entschieden haben.

„Sie hoffen, mit Olaf Scholz gemäßigte Wähler zu mobilisieren, die nicht so weit links stehen wie die traditionelle Basis der Partei“, erklärt der Historiker.

Aktuelle Umfragen legen die Bildung einer Regierungskoalition aus SPD, Grünen und der Partei Die Linke nahe, so der Autor des Kommentars. Er erinnert auch daran, dass sich die SPD vor einigen Jahren weigerte, mit der Partei Die Linke auf Bundesebene zusammenzuarbeiten, weil diese zu radikal sei.

Der Historiker sieht Die Linke als jüngste Nachfolgerin der ehemaligen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), der Regierungspartei in der Ex-DDR, die seit der Wiedervereinigung des Landes mehrfach umbenannt wurde. Die Linke setzt sich für eine umfassende Verstaatlichung, eine progressive Besteuerung von bis zu 75 Prozent und den Austritt aus der NATO ein, skizziert Zitelmann. Er fügt hinzu, dass die neue Parteivorsitzende, Janine Wissler, noch vor wenigen Monaten Mitglied einer radikalen trotzkistischen Gruppe war.

### **Durchbruch bei den Wahlen**

Die grundlegende Agenda der Linksrünen ist der Schutz der Umwelt und der Kampf gegen den Klimawandel, der von einem großen Teil der deutschen Medien, einschließlich der staatlichen Fernsehsender, unterstützt wird, wobei ein großer Teil der Journalisten seine Sympathie für die Partei nicht verbergen kann. Er weist darauf hin, dass in Berlin bereits eine Koalition aus SPD, Grünen und Die Linke regiert und letztere Partei sich für eine Kampagne zur Enteignung der Unternehmen ausgesprochen hat, die über 3.000 Mietwohnungen in der Stadt besitzen.

Auch die Grünen-Chefs Robert Habeck und Annalena Baerbock räumen eine solche Möglichkeit ein, wenn auch nur als „letztes Mittel“, wie Zitelmann anmerkt. Alle drei Parteien seien jedoch für die Wiedereinführung der 1997 in Deutschland abgeschafften Grundsteuer.

„SPD und Grüne betreiben jetzt eine Politik, die man nur als Wählertäuschung bezeichnen kann“, warnt der Kommentator. Vertreter beider Parteien würden täglich befragt, ob sie mit der Linken eine Bundesregierung bilden würden, und obwohl sie eine solche Möglichkeit nicht ausschließen, wehrten sie sich behutsam dagegen, zuzugeben, dass dies tatsächlich eines ihrer Ziele sei, wohl wissend, dass es sie Tausende, wenn nicht gar Millionen von Stimmen kosten würde.

Der Historiker glaubt, dass die Dreierkoalition Deutschland radikal verändern würde. Alle diese Parteien drängen auf Kürzungen der deutschen Verteidigungsausgaben, obwohl diese innerhalb der NATO zu den niedrigsten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gehören und den von Angela Merkel bereits eingeleiteten Übergang des Landes von einer Markt- zu einer regulierten Wirtschaft beschleunigen würden. Zitelmann befürchtet, dass die Erfahrungen mit den Regierungen von SPD, Grünen und Die Linke in Berlin darauf hindeuten, dass es in Deutschland immer wieder zu Verstößen gegen die Verfassung kommen wird.

So wurden in Berlin Vermieter per Gesetz gezwungen, sich an ein Kappungsgrenzengesetz für bestehende Verträge zu halten, was nach Ansicht des Verfassers des Kommentars mehr oder weniger einer Teilenteignung von Immobilienbesitzern gleichkommt. Der Bundesgerichtshof habe ein solches Gesetz für verfassungswidrig erklärt, aber SPD und Die Linke machten keinen Hehl daraus, dass sie ein ähnliches Gesetz auf Bundesebene einführen wollten, kritisiert Zitelmann.

Auch die politische Freiheit in der deutschen Hauptstadt stehe unter Druck, sagt der Soziologe. Er verweist insbesondere auf das Demonstrationsrecht, da linke Versammlungen in der Regel erlaubt sind, während Versammlungen von Gegnern der staatlichen Anti-Coronavirus-Bestimmungen verboten oder von der Polizei aufgelöst werden.

„Was in Berlin passiert, gibt einen Vorgeschmack darauf, wie sich Deutschland insgesamt verändern wird, wenn SPD, Die Linke und die Grünen an die Macht kommen“, schreibt Zitelmann.

Er glaubt, dass die Wahlen im September in Deutschland ein Moment sein könnten, der die politische Landkarte des Landes für die nächsten Jahre radikal verändern wird.

Quelle: [Eurozpravy.cz](https://www.eurozpravy.cz)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## Österreich

### 04) Österreich: Beim Kampf gegen „Rechts“ bleibt die Rechtstaatlichkeit auf der Strecke

13. 09. 2021



Vor dem Vereinslokal prangen nun Banner und bunter Zebrastrifen Stadtgemeinde Steyregg. *Bild: Screenshot Facebook*

STEYREGG (Oberösterreich) – Seit sich die in linken Kreisen umstrittene Bewegung der Identitären in Steyregg ein Objekt – ein Haus mit einer ehemaligen Bierbar – gekauft hat, gehen die Wogen in dem beschaulichen oberösterreichischen Städtchen hoch. Die geplante Eröffnung des identitären „Castel Aurora“, das neben dem Zentrum der Identitären eine „Patriotische Bar“, Bibliothek und ein Geschäft mit Merchandising-Artikeln beinhalten soll, lässt Linke und Gutmenschen vor Wut schäumen. Während man sich anderswo darüber freuen würde, wenn jemand alte Gemäuer revitalisiert, es im Ort wieder ein Wirtshaus geben und sich neue Unternehmen ansiedeln würden, laufen Sozialisten und linkslastige Bürger des unter ÖVP-Landeshauptmann geführten Oberösterreichs Amok.

#### **„Bürgerinitiative für Umwelt und Stadtleben“ brütet Schikanen aus**

Die SPÖ setzte bereits früh alle Hebel in Bewegung, um den Betrieb eines Lokals durch die einwanderungskritische Bewegung zu verhindern: Ohne Erfolg, denn trotz penibelster Prüfung durch die Anlagenabteilung der zuständigen Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung fand sich kein Grund, den Betrieb zu untersagen und es wurden bereits alle nötigen [Betriebsbewilligungen erteilt](#). Für die Gegner der Bewegung ist das aber noch lange kein Grund, ihren Kampf gegen die Unerwünschten fortzusetzen.

Allen voran stürmt Steyreggs Bürgermeister Johann Würzburger (SBU – Steyregger Bürgerinitiative für Umwelt und Stadtleben), der weder vor Verstößen gegen die StVO bzw.



der [Bodenmarkierungsverordnung](#) des Bundes noch vor offenem Mobbing zurückschreckt.

Nicht nur dass er alles daransetzt, die Bewegung als „rechtsradikal“ zu verunglimpfen, ließ er die Straßen rund um das Castel Aurora mit Regenbogenfahnen und dem Slogan „Steyregg ist bunt“ beflaggen.

### **Bunte Zebrastreifen gegen „rechts“**

Der Bürgermeister ließ auch vor dem Eingang zum Lokal einen „Zebrastreifen“ in den LGBTQ-Schwulen-Farben auf die Fahrbahn malen. Ungeachtet der Gesetzeslage, der zufolge Fahrbahnmarkierungen ausschließlich in den dafür genehmigten Farben zu erfolgen haben. Fußgängerübergänge müssen mit weißer Farbe ausgeführt werden und „die Felder zwischen den weißen Längsstreifen eines Schutzweges müssen in ihrer Färbung einen ausreichenden Kontrast bilden“ – beides ist hier nicht der Fall und somit klar gesetzeswidrig. Einmal mehr glauben „Demokraten“ Moral über die bestehende Rechtsordnung zu stellen zu dürfen.

Jetzt könnte man diese Provokation zwar milde belächeln, würden nicht gerade noch härtere Gesetze gegen Stalking und Mobbing im Gespräch sein und gerade die Gutmenschen noch härtere Strafen für Mobber & Stalker fordern. Allerdings sollen diese Strafen natürlich nur gegen „rechte“ Gesinnung verhängt werden, während das offensichtliche Mobbing und die massive Belästigung durch die Linken & Gutmenschen natürlich nicht als Mobbing zu gelten hat.

Wie groß wäre wohl die Aufregung, wenn etwa die Identitären einen rot-weiß-roten Zebrastreifen vor ein Flüchtlingsheim malen würden? Strafanzeigen und Schadenersatzforderungen würde es nur so hageln.

In weiser Voraussicht und im Wissen um die Bösartigkeit und Aggressionen der „guten“ linken Genossen haben die Identitären ihre Basis – das „Castel Aurora“ (Schloss der Morgenröte) – tatsächlich in eine Festung verwandelt und ihr „patriotisches Zentrum“ bereits vorsorglich mit schweren Stahlgittern gesichert. Jetzt darf man darauf gespannt sein, mit welchen weiteren Mitteln die Gutmenschen „verhindern wollen, dass Oberösterreich ein Neonazi-Hotspot wird“, wie diese „bunten“ Menschen befürchten. Denn Harald Grönn, Vorsitzender des KZ-Verbandes/VdA Oberösterreich, fordert im Namen seines Verbandes sowohl die Stadtgemeinde als auch das Land OÖ auf, den Identitären „das Leben in Steyregg so schwer als möglich zu machen“. Für den „antifaschistischen Opferverband ist klar, dass Steyregg nicht zum [Hotspot von Neonazis](#) verkommen darf!“, heißt es.

### **„Aufklärungsarbeit“ für die Bevölkerung**

Bei aller vom Bürgermeister aufgemalten und ausgeflaggten Toleranz betont man bei diesem Verband, dass es in Steyregg „Aufklärungsarbeit“ braucht, „damit die Identitären auf breite Ablehnung innerhalb der Steyregger Bevölkerung stoßen“. Außerdem soll ständig geprüft werden, ob alle baurechtlichen, gewerberechtlichen und sonstigen Genehmigungen vorhanden sind und die gesetzlichen Auflagen eingehalten werden.

### **Stalking, Mobbing und Verhetzung**

Dann sollen sie gleich einmal damit beginnen die verkehrsrechtlichen Verordnungen einzuhalten, indem sie den Schutzweg wie gesetzlich vorgeschrieben markieren und eine Selbstanzeige wegen der diversen [Straftatbestände wie Stalking, Mobbing](#) und Verhetzung, erstatten.

#### **Anmerkung**

**der Red.:**

Dieser Artikel hat nicht eine Bewertung der Identitären oder deren Aktivitäten zum Inhalt, sondern soll den Umgang der sonst so „Toleranten“ mit Personengruppen illustrieren, die nicht ihre politischen Vorstellungen in Sachen Migration teilen.

Quelle: [ORF](#), [Kurier](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*